

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/58

23. März 1973

Das Interview des SPD-Pressedienstes

Es ist Zeit für ernsthafte Verhandlungen
mit Prag!

Seite 1 und 2 / 93 Zeilen

Am 23. März vor 40 Jahren

Hitler erzwang den Weg in den Totalitarismus

Von Annemarie Renger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 34 Zeilen

Finanzielle Hilfe für die Tageszeitungen?

Nüchterne Feststellungen zu einem Verleger-
Memorandum

Von Dr. Peter Glotz MdB
Mitglied der Medienkommission beim SPD-
Parteivorstand

Seite 4 und 5 / 84 Zeilen

"Prognosen" der "Wirtschaftswoche"

Koalitions-"ZerreiBproben", die es nicht gibt

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Seite 6 / 40 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Freiheit und Leben kann man uns nehmen,
die Ehre nicht"

Seite 7 und 8 / 85 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 180 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 82 80 97 - 38
Telefax: 895 848 / 896 847
895 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Das Interview des SPD-Pressedienstes

Es ist Zeit für ernsthafte Verhandlungen mit Prag !

Interview des SPD-Pressedienstes mit dem stellv. SPD-Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner MdB.

SPD-Pressedienst: Nach einer großen Zahl von Erklärungen von beiden Seiten, die eine monatelange Pause ausgefüllt haben, sieht es jetzt so aus, als ob es nun doch wieder zu Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der CSSR kommen würde. War es eigentlich notwendig und richtig, Herr Wehner, eine so lange Unterbrechung Platz greifen zu lassen, wobei von Verhandlungen ja offenbar noch keine Rede ist?

Herbert Wehner: Es ist jedenfalls nun an der Zeit, in Verhandlungen einzutreten. Lange genug waren Sondierungsgespräche und "Denkpause". Es führt nicht weiter, wenn von hoher Warte aus nach Nuanzen in Formulierungen und Äußerungen gesucht wird. Bonn und Prag werden einen Vertrag zur Aufnahme und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten nur zustande bekommen, wenn sie sich aus der Vergangenheit der Zukunft zuwenden.

SPD-Pressedienst: In weiten Teilen der Bundesbevölkerung wird es nicht recht verstanden, daß die weltweit begrüßte und gerade von unseren Westpartnern kräftig unterstützte Entspannung-Ostpolitik des Bundeskanzlers und seiner Regierung nach den so wichtigen Verträgen mit der UdSSR, mit Polen und mit der DDR gerade gegenüber der CSSR viel langsamer geworden und nahezu ins Stocken geraten ist. Können Sie uns sagen, Herr Wehner, ob es dafür bestimmte Gründe gibt, umso mehr ja auch die Vertrags-Verhandlungen mit Budapest und Sofia blockiert sind?

Herbert Wehner: Niemand kann bestreiten, daß es notwendig ist, bei den Bemühungen um einen Vertrag, der die Androhung und Anwendung von Gewalt im Verhältnis der beiden Staaten zueinander ausschließen soll, eindeutig festzustellen, welche verhängnisvolle Rolle Hitlers Aggressionspolitik gespielt hat. Schon in der Regierungserklärung der Regierung Kiesinger/Brandt vom 13. Dezember 1966 hieß es doch: "Die Bundesregierung verurteilt die Politik Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsverbandes gerichtet war. Sie stimmt der Auffassung zu, daß das unter Androhung von Gewalt zustandegekommene Münchener Abkommen nicht mehr gültig ist." Nun wird seit Jahr und Tag getüftelt, wie diese Auffassung vertraglich formuliert werden könnte. Es ist eigentümlich, daß dies nicht möglich sein soll. Die Regierung Brandt/Scheel wird doch nicht ausgerechnet an dieser Stelle hinter der Regierung Kiesinger/Brandt zurückbleiben wollen. Ich fürchte, die Tüftelei schadet der Normalisierung unserer Verhältnisse zu den osteuropäischen Staaten überhaupt.

SPD-Pressedienst: Der zentrale Punkt der zwischen Bonn und Prag noch unge lösten Probleme ist das von Hitler diktierte "Münchener Abkommen von 1938". Hier haben sich lange Zeit die beiden offiziellen Standpunkte der Bundesrepublik und der UdSSR in der Frage gegenübergestanden, nach welchen Kriterien man dieses Abkommen als ungültig erklären kann. Sehen Sie einen Weg, wie man jetzt endlich aus diesem quälenden und doch wohl auch unwürdigen Dilemma herauskommen kann, Herr Wehner?

Herbert Wehner: Wenn beide Seiten durch einen Vertrag, in dem sie auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichten und die Grenzen nicht mehr in Frage gestellt werden, ihr Verhältnis zueinander normalisieren wollen, muß es möglich sein, jenes unter Androhung von Gewalt über die damalige Tschechoslowakische Republik verhängte "Abkommen" so zu qualifizieren, daß es nicht mehr als düsterer Schatten die Beziehungen zwischen Bonn und Prag und zwischen Bonn und anderen Staaten belastet. Aus der Androhung von Gewalt, die seiner Zeit folgerichtig zur Anwendung von Gewalt geführt hatte, kann doch nicht Recht abgeleitet werden.

SPD-Pressedienst: Im Zusammenhang mit einer Ungültigkeitserklärung des "Münchener Abkommens" wird die Zusatzfrage aufgeworfen, welchen Schutz es für die Sudetendeutschen geben wird, die als Folge des Abkommens Reichsbürger geworden waren und als solche und für sie legalerweise im Dienste des Reiches standen, z.B. als Beamte oder als Soldaten. Gibt es eigentlich in dieser Frage noch Schwierigkeiten, die einer brauchbaren und zuverlässigen Lösung entgegenstehen, Herr Wehner?

Herbert Wehner: Ungültig ist das "Abkommen" seit langem. Hitler hat es durch die Gewalt, aus der das "Protektorat" entstand, selbst an den Platz befördert, der ihm geschichtlich zukam. Wenn ich der Auffassung bin, aus Aggression könne doch nicht "Recht" entstanden und abgeleitet worden sein, meine ich auch: Die Sudetendeutschen dürfen nun nicht ein weiteres Mal zu Schachfiguren oder Marionetten gemacht werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihnen gegenüber Obhutspflicht übernommen und wird dafür zu sorgen haben, daß ihnen bei Vertragsabschluß nicht nachträglich Unrecht und Schuld aufgebürdet wird. Das wird in Verhandlungen geregelt werden können.

SPD-Pressedienst: Wenn wir Ihre Antworten im Kern zusammenfassen, Herr Wehner, dann plädieren Sie heute mit aller notwendigen Entschiedenheit dafür, daß erstens die Gespräche mit Prag so bald wie möglich wieder aufgenommen und daß diese Gespräche zweitens in sehr absehbarer Zeit in Verhandlungen übergeleitet werden. Haben wir Sie richtig interpretiert?

Herbert Wehner: Ja. Es ist Zeit, ernsthaft zu verhandeln.

(Interviewer: Erhardt Eckert)
-/23.3.1973/ks/ee)

Am 23. März vor 40 Jahren

Hitler erzwang den Weg in den Totalitarismus

Von Annemarie Renger MdB

Präsidentin des Deutschen Bundestages

Vor vierzig Jahren, am 23. März 1933, beschloß der Deutsche Reichstag mit 441 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen das sogenannte "Ermächtigungsgesetz" - oder wie es offiziell in Verschleierung der eigentlichen Zielsetzung hieß: "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich".

"Noch niemals, seit es einen solchen Reichstag gibt", so charakterisierte Otto Wels in dieser Sitzung die damalige Lage, "ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt".

Das Ermächtigungsgesetz besiegelte nicht nur das Schicksal des Reichstages, sondern es zog auch den letzten Schlußstrich unter die erste Republik. Mit dem Verzicht auf die Gesetzgebungsbefugnis wurden die Schleusen für die nationalsozialistische Willkürherrschaft geöffnet, womit der Weg in den Totalitarismus freigegeben war.

Die historische Bedeutung der Sitzung vom 23. März 1933 ist heute im vollem Umfang zu übersehen, und wir wissen auch, daß zahlreiche Abgeordnete, die dem Ermächtigungsgesetz damals zugestimmt haben, das Hitler-Regime nicht stützen wollten, sondern die Hoffnung hatten, das Schlimmste verhüten zu können.

Aber in der schon ausweglosen Situation vor der Abstimmung gab es auch den Mut zum Widerstand. Für seine Fraktion erklärte der Parteivorsitzende der SPD, Otto Wels, dessen 100. Geburtstag wir in diesem Jahr gedenken: "Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten."

(-/23.3.1973/ks/hf)

+ + +

Finanzielle Hilfe für die Tageszeitungen?

Nüchterne Feststellungen zu einem Verleger-Memorandum

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Medienkommission beim SPD-Vorstand

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger hatte Anfang dieses Jahres ein "Memorandum zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Tageszeitungen" vorgelegt und dem Bundeskanzler übergeben. In diesem Schriftstück wurde aufgrund einer Analyse des Betriebserfolges deutscher Tageszeitungen seit 1969 die Prognose aufgestellt, daß spätestens ab 1974 das durchschnittliche Betriebsergebnis der Zeitungsverlage gleich Null sein werde. Aus diesem Grund forderten die Zeitungsverleger eine vollständige Entlastung der Zeitungsvertriebs Erlöse von der Mehrwertsteuer, die Zulassung steuerfreier Rücklagen, die Gewährung von Zulagen für Investitionen, niedrigere Gebühren für den Zeitungsvertrieb und die Nachrichtenübermittlung u.a.... Alle diese Maßnahmen würden zusammengenommen staatliche Einnahmeverluste von mehr als 100 Millionen DM jährlich bedeuten.

Politik und Fachöffentlichkeit haben auf dieses Memorandum bisher, wie es sich gehört, zurückhaltend reagiert und eine Überprüfung versprochen. Diese Überprüfung hat die SPD inzwischen vorgenommen. Ohne den Beschlüssen der neuen Medienkommission, die erst nach dem Parteitag von Hannover wieder zusammentreten kann, vorgreifen zu wollen, fasse ich das Ergebnis dieser Prüfung in dem Satz zusammen: Der Bundesregierung kann nicht angeraten werden, diese Forderungen zu erfüllen.

Diese Feststellung ist ausdrücklich nicht nur von grundsätzlichen steuerpolitischen Erwägungen bedingt. Schon diese wären schwerwiegend genug: Weitere Steuervergünstigungen sind zur Zeit, wo ein Abbau von Steuervergünstigungen das erklärte politische Ziel der Bundesregierung ist, inopportun. Im Übrigen würden viele der Forderungen der Zeitungsverleger - ein Beispiel ist der Null-Steuersatz bei der Mehrwertsteuer - mit Sicherheit zu einer Flut von ähnlichen Forderungen aus dem Sozial- und Kulturbereich führen. Auch der Nahverkehr hat beispielsweise früher schon für sich eine völlige Entlastung von der Mehrwertsteuer gefordert.

Ich betone aber nochmals: Diese steuerpolitischen Erwägungen sind nicht die Ursache des negativen Urteils. Dies ist vielmehr begründet in der Tatsache, daß die Analyse des

des Betriebserfolgs, die dem Bundeskanzler vorgelegt wurde, in sich widersprüchlich und in ihrer Beweisführung bezweifelbar ist.

Diese Bezweifelbarkeit der Analyse ergibt sich nicht nur aus falschen Kostenaufrechnungen (beispielsweise für das Jahr 1970, wo durch einen Rechenfehler immerhin 115 Millionen DM Gewinn unter den Tisch fallen) oder durch eine fehlerhafte Angabe der Kostensteigerung von Satz- und Druckkosten von 1971 (rund 173 Millionen DM). Das entscheidende ist, daß das Zahlenwerk des Verleger-Memorandums auf dem Zahlenwerk eines Betriebsvergleichs beruht, der ganz offensichtlich schon seit Jahren mit einem überaus unbefriedigenden "Modell" arbeitet.

Es ist hier nicht der Ort, die Einzelheiten in der Rechengrundlage zu diskutieren. Wenn man die Zweifel immerhin kurz zusammenfaßt, so bestehen sie darin: Die untersuchten Zeitungen werden in sechs Gruppen verschiedener Auflage aufgeteilt. Die ermittelten Daten werden anschließend addiert und zur Errechnung der Durchschnittswerte durch sechs geteilt. Dies bedeutet: Es wird das einfache arithmetische Mittel verwandt. Nun ergibt sich aber, daß die ersten drei Gruppen insgesamt 77,5 vH., die zweiten drei Gruppen insgesamt nur 22,5 vH. der Auflage der entsprechenden Zeitungen repräsentieren. Es kann also keinen Zweifel geben, daß man hier nur mit einem gewogenen arithmetischen Mittel - d.h. unter Berücksichtigung der verschiedenen Auflagenzahlen der einzelnen Gruppen - zu einem exakten Ergebnis kommen könnte.

Führt man diese Analyse durch - und dies ist geschehen -, so ergeben sich erstaunliche Zahlen. Verwendet man nämlich das gewogene arithmetische Mittel, so bekommt man heraus, daß der Betriebserfolg der Zeitungen 1969 mit 100 Millionen, 1970 mit 125 Millionen und 1971 mit rund 207 Millionen zu gering angegeben ist. Unter diesen Umständen fällt dann die Prognose, 1974 werde es überhaupt keinen Betriebserfolg deutscher Zeitungen mehr geben, in sich zusammen.

Um es klar und deutlich zu sagen: Damit ist selbstverständlich nicht "bewiesen", daß es keine Zeitungen in Deutschland gibt, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind oder noch geraten werden und denen man helfen müßte. Durch ein Memorandum wie das vorliegende wird der Sache dieser Zeitungsverlage allerdings nicht gedient. Dem Bundeskanzler ein Zahlenwerk vorzulegen, das in sich derart lückenhaft ist, wie das vorliegende, kann den Interessen der Verleger nicht dienlich sein.

Zusammenfassendes Ergebnis: Das Bundeswirtschaftsministerium sollte prüfen, ob ERP-Kredite auch an Verlage gegeben werden können, die - wie die Verleger dies fordern - eine höhere Auflage als 160.000 Exemplare haben. Wenn dies kleineren und mittleren Zeitungen nicht schadet, könnte man eine derartige Maßnahme in Erwägung ziehen. Im Übrigen sollte die Bundesregierung weiter - auch darauf weisen die Verleger hin - auf eine einheitliche Altersversorgung für Redakteure drängen. Alle anderen steuerpolitischen Maßnahmen müssen abgelehnt werden. (-/23.3.1973/bgy/ja.)

"Prognosen" der "Wirtschaftswoche"

Koalitions-"ZerreiBproben", die es nicht gibt

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

"Die Nahtstelle der Koalition zwischen Regierung und Parlament ist zum zerreiBen gespannt" schreibt die Frankfurter "Wirtschaftswoche" am 23. März und beginnt dann Vermutungen aus dem Kaffeesatz über das "Dreiecks-Verhältnis" zwischen CDU-Narjes, SPD-Ehrenberg und FDP-Friderichs. Sollte es Leser geben, die die "Wirtschaftswoche" für gut informiert halten, so wären danach CDU und FDP "einander oft näher als SPD und FDP".

Zum Beweis dieser von der "Wirtschaftswoche" geahnten "ZerreiBprobe" werden dann in Anführungszeichen Aussprüche von Bundeswirtschaftsminister Friderichs und mir gebracht, die weder exakt so gesagt worden sind, noch in irgendeinem Zusammenhang stehen. Als Beweis für diese bevorstehende "ZerreiBprobe" werden in dem Bericht der "Wirtschaftswoche" die Sachgebiete Vermögensbildung und Mitbestimmung fett gedruckt herausgehoben. Über beide Gebiete gibt es in der Koalition noch differierende Auffassungen, aber nicht im Ziel, sondern in der Methode und mit der guten Aussicht, eine von beiden Seiten zu vertretende Lösung zu finden. An der "ZerreiBprobe" der "Wirtschaftswoche" ist nun besonders pikant, daß weder der Bundeswirtschaftsminister noch der Bundestagsausschuß für Wirtschaft für eines dieser Sachgebiete zuständig sind. Für beide ist federführend das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dementsprechend der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung.

Diese Ressortverteilung scheint den "Wirtschaftswoche"-Redakteuren nicht bekannt zu sein, bzw. sie übersehen die Fakten geflissentlich, weil sich kaum zwischen Bundesarbeitsminister Walter Arendt und dem Ausschußvorsitzenden Prof. Dr. Ernst Schellenberg ZerreiBproben der Koalition konstruieren lassen. Der Tenor dieser Berichterstattung erinnert an Serien der "Wirtschaftswoche" aus der VI. Legislaturperiode, in denen wiederholt dem Bundesarbeitsminister ein völliges Scheitern seiner Politik vorausgesagt wurde. Die sozialpolitische Rekordbilanz, die Walter Arendt nach drei Jahren vorlegen konnte, wurde dann freilich in der "Wirtschaftswoche" nicht registriert.

Es bleibt die Frage, was seit der Umbenennung in "Wirtschaftswoche" aus Gustav Stolpers einst so hoch angesehenem "Volkswirt" geworden ist: eine Art "Bayernkurier" für mittlere Führungskräfte?
(-/23.3.1973/pgy/5a)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht"

Am 23. März 1933, vor 40 Jahren, hat der damalige Vorsitzende (1931 bis 1933) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Wels (* Berlin 15. September 1873 / † Paris 16. September 1939) in der von SA- und SS-Einheiten umstellten Krolloper, dem provisorischen Sitz des Reichstags, das von der Hitler-Regierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz in einer historischen Rede abgelehnt, aus der wir folgende Passagen veröffentlichen:

"Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen; im Innern erst recht nicht."

Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei.

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt...

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie bräuchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß, Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der

Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden.

Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen. Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben.

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

(-/23.3.1973/ks/hf/ja)